

Arbeitsgruppe Konjunktur

Article

IW-Konjunkturprognose 2009 - Abschwung in die Stagnation

IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung

Provided in Cooperation with:

German Economic Institute (IW), Cologne

Suggested Citation: Arbeitsgruppe Konjunktur (2008) : IW-Konjunkturprognose 2009 - Abschwung in die Stagnation, IW-Trends - Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung, ISSN 1864-810X, Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln, Vol. 35, Iss. 4, pp. 31-58, <https://doi.org/10.2373/1864-810X.08-04-03>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/156963>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

IW-Konjunkturprognose 2009 – Abschwung in die Stagnation

Arbeitsgruppe Konjunktur*, September 2008

Mit der Verschärfung der internationalen Finanzkrise und der damit verbundenen schwächeren Gangart der Weltwirtschaft haben sich die Perspektiven für die deutsche Wirtschaft weiter eingetrübt. Vor allem das nachlassende Auslandsgeschäft und die kaum noch expandierende Investitionstätigkeit bringen die konjunkturelle Dynamik nahezu zum Erliegen. Eine Rezession wird für Deutschland aber weiterhin ausgeschlossen. In diesem Jahr wächst das reale Bruttoinlandsprodukt noch um 1,7 Prozent und im kommenden Jahr lediglich um 0,6 Prozent. Dabei wird sich gleichwohl im zweiten Halbjahr 2009 wieder eine sachte Erholung einstellen. Positive Effekte werden von der im Gefolge der weltwirtschaftlichen Beruhigung nachlassenden Teuerung bei den Energie- und Rohstoffgütern erwartet. Dies wird den Privaten Konsum unterstützen, der im Weiteren noch von der bislang guten Arbeitsmarktlage profitieren wird. Während das Jahr 2008 noch als ein gutes Jahr in die Arbeitsmarktstatistiken eingehen wird, kann für das kommende Jahr mehr oder weniger mit einer Stagnation bei der Entwicklung der Erwerbstätigkeit und der Arbeitslosigkeit gerechnet werden.

Ein Blick in den Abgrund macht noch keinen Absturz

Die letzten Wochen waren in besonderer Weise spannend. Die Immobilien-Kreditmarktkrise hat sich zu einer Finanzmarktkrise ausgeweitet, die das Potenzial für tiefgehende systemische Kollateralschäden besitzt. Die Einschätzung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW Köln) vom Frühjahr dieses Jahres, dass mit einem noch größeren Anpassungsbedarf zu rechnen ist, als seinerzeit zu erkennen war, hat sich bewahrheitet (Arbeitsgruppe Konjunktur, 2008, 5). Das erlebte Ausmaß der Bereinigung an den Finanzmärkten und bei den Finanzinstitutionen hat freilich das Erwartbare grandios in den Schatten gestellt. Vor dieser Kulisse hat zunächst der Begriff Stagflation und dann die Befürchtung einer Weltwirtschaftskrise Konjunktur bekommen. Die damit jeweils verbundenen Szenarien markieren das eine Extrem des derzeit Denkbaren. Das andere Extrem wird durch eine vielleicht naiv anmutende Perspektive auf eine schnelle Erholung der Weltwirtschaft beschrieben. Niemand wird leugnen wollen, dass die tiefen Verwerfungen an den globalen Finanzmärkten allen Beteiligten einen Blick in den Abgrund eröffnet haben. Doch

* Ralph Brügelmann, Winfried Fuest, Michael Grömling (Koordination), Michael Hüther, Manfred Jäger, Rolf Kroker, Jochen Pimpertz, Christof Römer, Holger Schäfer und Christoph Schröder.

der Vergleich mit den schweren Anpassungen nach 1929 trägt nicht, und zwar aus folgenden Gründen:

- Die Weltwirtschaftskrise Ende der zwanziger Jahre war verursacht durch ein Gebräu aus missglückter Währungsstabilisierung, vorangegangener Hyperinflation, einem Überangebot auf den Weltagrarmärkten, Nachwirkungen der Finanzierung des Ersten Weltkrieges, dem Reparationsregime und natürlich der Blasenbildung an den Aktienmärkten. Diese Krise war überdies gekennzeichnet durch fehlende institutionelle Absicherungen auf internationaler Ebene und ein mangelhaftes Krisenmanagement der politischen Akteure (Blaich, 1994). Viele der wirtschaftspolitischen Lektionen wurden gelernt und erklären das aktuelle schnelle und umfassende Handeln der Notenbanken und der US-Regierung.
- Auch die in den vergangenen Jahrzehnten durchlebten krisenhaften Zuspitzungen an den Finanzmärkten hatten Lerneffekte. Dies ist einmal in der Reaktion der Geldpolitik zu erkennen. Notwendige Vertrauensrestitution wird dadurch befördert. Dabei wirkt sich auch aus, dass heute anders als in den achtziger Jahren oder gar in den dreißiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts deutlich mehr Volkswirtschaften international integriert sind, die sich der marktwirtschaftlichen Ordnung verschrieben haben. Dadurch wird die Anpassungsfähigkeit des gesamten Wirtschaftssystems und dessen Fähigkeit zur Absorption von Schocks deutlich verbessert. Bereits die Börsenkrise im Oktober 1987 war relativ schnell verarbeitet und verkraftet (SVR, 1988, Ziff. 3 ff.).

Zu warnen ist ebenso vor dem leichtfertigen Umgang mit dem Begriff der Stagflation, also einer Kombination von Stagnation und hoher Inflation. Die damit beschriebene Situation in den späten siebziger und frühen achtziger Jahren des letzten Jahrhunderts war zwar auch gekennzeichnet durch einen massiven Anstieg der Rohölpreise. Doch traf der dadurch verursachte Inflationsimport auf ein eigenständig inflationäres Umfeld in vielen Industrieländern. Dazu hatten eine vergleichsweise laxe Geldpolitik, eine expansive Finanzpolitik und eine kaufkraftorientierte Lohnpolitik beigetragen (SVR, 1979, Ziff. 375 ff.).

In Deutschland wird sich die zyklische Bereinigung – gekennzeichnet durch eine schwache Entwicklung bei den Auftragseingängen und moderierender Produktion – weiter und deutlicher vollziehen, als es ohne die Belastungen der Finanzmarktkrise der Fall wäre. Sie wird nicht in einen Prozess kumulativ sich verstärkender Schrumpfung von Produktion und Beschäftigung münden. Die schwächere Weltwirtschaft verlangt ihren Tribut. Gegen eine tiefere rezessive Anpassung spricht die gesteigerte Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und auch die der deutschen Arbeitsplätze. Dies federt im Abschwung ab, der

mehr oder weniger in eine Seitwärtsbewegung ausläuft. Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies letztlich eine Stagnation.

Die Belastungen der Finanzmarktkrise in den USA bleiben im Wesentlichen auf den realwirtschaftlichen Übertragungskanal begrenzt. Trotz einer Verunsicherung dürfte eine Transmission über ernsthafte Vertrauensschäden und über tiefgreifende Vermögenseffekte angesichts eines verantwortlichen Handelns der Wirtschaftspolitik nachrangig bleiben. Für eine Infektion über eine Eigenkapitalschwäche im deutschen Bankensystem und eine Kreditklemme gibt es bisher keine Anzeichen. Das deutsche Universalbankensystem erweist sich als robust. Schließlich sollte nicht übersehen werden, dass dem eher asymmetrischen Schock der Finanzmarktkrise – vor allem in den USA und im Vereinigten Königreich – doch eine symmetrische Entlastung über eine deutliche Zurückbildung bei den Rohstoffpreisen gegenübersteht. Damit entkrampft sich auch das Inflationsthema im Prognosezeitraum spürbar.

Finanzmarkt im Reparaturmodus

Es ist davon auszugehen, dass die globale Finanzkrise, die vor gut einem Jahr begann, die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland belastet. Die Verschärfungen, die sich unlängst durch den Zusammenbruch mehrerer Banken und einer Versicherung in den USA ergeben haben, hat die Krise abermals verstärkt, und weitere Wertberichtigungen sind wahrscheinlich. Bisher zeichnet sich jedoch keine Kreditklemme für deutsche Unternehmen ab. Eine Kreditklemme ist zwar nicht zu einer akuten, aber zu einer schwebenden Gefahr geworden: Wenn deutsche Banken massiv Werte berichtigen müssen, dann könnten sie sich veranlasst sehen, ihre Aktiva zu verkürzen und ihre Fremdfinanzierung zu reduzieren, um ihre Eigenkapitalposition im Vergleich zu den Aktiva zu stabilisieren („deleveraging“). Wenn dabei auch eine restriktivere Kreditvergabe gewählt wird, dann würde das die deutschen Unternehmen unter Umständen treffen. Dieses Risikoszenario wird besonders dann wahrscheinlicher, wenn die Finanzsituation deutscher Unternehmen durch eine schwächere Konjunktur erheblich in Mitleidenschaft gezogen würde.

Die Wertberichtigungen und Verluste der Banken im Kontext der Subprime-Krise beliefen sich nach einer Aufstellung von Bloomberg bis Ende August 2008 weltweit auf 512 Milliarden US-Dollar. Mit 255 Milliarden US-Dollar und 234 Milliarden US-Dollar müssen europäische und amerikanische Institute den Großteil daran tragen. Weltweit bemühen sich die Finanzwirtschaft und die Politik, die Probleme zu bewältigen:

1. Die Banken konnten bereits 354 Milliarden US-Dollar neues Kapital aufnehmen. Es ist in der Tat bemerkenswert, dass Banken noch während der Finanzkrise Eigenkapital aufbringen können.
2. Unlängst hat sich gezeigt, was stets stillschweigend vorausgesetzt wurde: Der amerikanische Staat würde die Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac im Zweifelsfall stützen. Die Tatsache, dass die Verstaatlichung dieser Institute die Märkte kurzfristig beflügelte, dokumentiert die missliche Lage der amerikanischen Finanzwirtschaft. Wie die Fälle Bear Stearns, Freddie Mac, Fannie Mae und AIG zeigen, sind dort die Anpassungen nur mit weitreichenden Eingriffen des Staates oder der Zentralbank zu bewerkstelligen. Es bleibt abzuwarten, ob die Eingriffe so durchgeführt werden, dass sie kein moralisches Risiko provozieren. Die Fälle Freddie Mac und Fannie Mae zeigen, dass halbherzige Privatisierungen ein moralisches Risiko auslösen können. Da sie stets stillschweigend mit staatlicher Unterstützung rechnen konnten, war ihre Geschäftsstrategie verzerrt und ihre Eigenkapitalausstattung zu gering. Weil beide Institutionen eine große Bedeutung haben und sich deren Wertpapiere in weltweitem Besitz befinden, ist nun auch in den USA – für Deutschland war dies wegen der Rolle der Landesbanken in der aktuellen Krise schon offensichtlich – nicht nur der Finanzsektor als „Schuldiger“ enttarnt, sondern auch der Staat.
3. In Deutschland müssen die Ankündigung der Übernahme der Dresdner Bank durch die Commerzbank und der Einstieg der Deutschen Bank bei der Postbank vor dem Hintergrund der Finanzkrise bewertet werden. Die Krise hat den Konsolidierungsdruck und den Konsolidierungswillen erhöht. Diese Feststellung gilt auch für die Landesbanken.
4. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat zwar einerseits unlängst ihre Regeln über Sicherheiten, die bei Refinanzierungsgeschäften akzeptiert werden, verschärft und dadurch ihren Beitrag zur Entspannung an den entsprechenden Märkten nivelliert. Andererseits zeigen das anhaltend hohe Maß an längerfristigen Refinanzierungen und die massiven Unterstützungen der Geldmärkte Mitte September 2008, dass sie weiterhin bereit ist, den notwendigen Beitrag zur Beruhigung der Geldmärkte zu leisten. Trotzdem kann man an der Spanne von 85 Basispunkten zwischen den Drei-Monatszinssätzen für unbesicherte Verleihungen (Euribor) und denen für besicherte Verleihungen (Euripo) ablesen, dass die Banken weltweit noch im Reparaturmodus arbeiten, in den sie unlängst durch den Zusammenbruch mehrerer Investmentbanken und des Versicherers AIG gesetzt wurden.

Vor diesem Hintergrund würde man eine starke Übertragung auf den hiesigen realwirtschaftlichen Sektor erwarten, schließlich gilt das deutsche Finanzsystem als bankenbasiert. Für eine solche Übertragung fehlen bisher jedoch belastbare Belege. In Deutschland kann man zurzeit eine nur eher geringere Verschärfung der Kreditbedingungen beobachten, und selbst im Euroraum ist die Kreditexpansion weiterhin hoch. Lediglich die Wachstumsrate

der Wohnungsbaukredite ist im Euroraum deutlich gesunken. Die Ergebnisse des Bank Lending Survey für Deutschland zeigen, dass es bisher lediglich im Firmenkundengeschäft – und dort besonders im Geschäft mit großen Unternehmen – zu einer Angebotsverschärfung gekommen ist (Deutsche Bundesbank, 2008a und b; Weber, 2008). Dieser Befund für die Mengenentwicklung gilt ähnlich für die preisliche Entwicklung, das heißt für die Finanzierungskosten. Diese sind im Euroraum zwar gestiegen, allerdings betrifft das vornehmlich die marktnahen Finanzierungsformen (Aktien und Anleihen). Ferner begann der Anstieg der Finanzierungskosten schon Ende 2005 und hat sich seit Beginn der Finanzkrise allenfalls bei der Finanzierung durch Aktien beschleunigt. Die Kosten der Bankenfinanzierung befinden sich seit Beginn der Finanzkrise in einer Seitwärtsbewegung (EZB, 2008, 52). Die EZB folgert daraus, dass die etwas schwächere Kreditentwicklung nachfrageseitig bedingt ist und nicht durch die Finanzmarkturbulenzen erzeugt wurde. Auch die Verschärfung der Finanzierungsbedingungen ist eher auf eine ungünstigere Konjunktüreinschätzung zurückzuführen als auf die Finanzmarktkrise. Auf direktem Weg, also über die Finanzierungsbedingungen, gibt es bisher nur moderate Übertragungen auf den realwirtschaftlichen Sektor. Die Finanzmarktkrise belastet nichtsdestotrotz die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Die Korrekturen an den Aktienmärkten tragen zur Verunsicherung der Konsumenten und der (Sach-)Investoren bei. Schließlich signalisieren die Aktienkursentwicklungen – wenngleich unvollkommen – die Ertragsaussichten der Unternehmen. Zudem ist die Übertragung der Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft in anderen Ländern – besonders in den USA – stärker, sodass sich über den Handelskanal negative Effekte ergeben, und diese werden durch den stärkeren Euro noch verstärkt.

Keine weiteren Zinserhöhungen

Die EZB hat Anfang Juli 2008 den Leitzins erhöht. Im August und September beließ sie ihn unverändert bei 4,25 Prozent. Die Märkte gehen mittelfristig davon aus, dass es bei dieser einmaligen Leitzinserhöhung bleibt. Die zu hohe Inflationsrate entspricht zwar nicht dem Stabilitätsziel der EZB. Die Notenbank dürfte aber die fallenden Ölpreise, die langsamere konjunkturelle Gangart im Euroraum und die Verringerung des Anstiegs der Geldmenge als Indikator für eine geringere mittelfristige Inflationsgefahr werten. Diese Einschätzung wird auch durch die unlängst gesunkenen Breakeven-Inflationserwartungen und durch den leicht inversen Verlauf der Zinsstrukturkurve für Laufzeiten von einem bis zu vier Jahren bestätigt. Zudem liegen die langfristigen Zinsen für staatliche Anleihen für alle Laufzeiten deutlich unter 5 Prozent. Erwarten die Investoren eine höhere Inflation, dann würde sich das in höheren Nominalzinsen niederschlagen. Weitere Indizien über den erwarteten Kurs der Leitzinsen kann man aus den Euripozinsen für unterschiedliche Laufzeiten ablesen. Anfang September war die Spanne zwischen dem 12-Monats-Euripo- und dem

1-Monats-Euripo-Zinssatz nahe der Null. Mitte Juni betrug diese Spanne noch 0,6 Prozentpunkte. Von der EZB kennt man eine geglättete Geldpolitik, und sie hat sich entsprechend positioniert (EZB, 2006, 73 ff.). Deshalb sind eher moderate Schritte wahrscheinlich. Der Leitzins wird für das Jahr 2009 auf durchschnittlich 4 Prozent oder knapp darunter prognostiziert.

Weltwirtschaft wächst schwächer

Die weltwirtschaftliche Entwicklung zeigte sich zur Mitte des Jahres 2008 in deutlich schwächerer Verfassung als in den vergangenen Jahren. Die Situation hat sich gegenüber der Situation im Frühjahr sogar verschlechtert. Hintergrund sind vor allem die weiter schwelende Banken- und Finanzmarktkrise, die sich nun über den internationalen Konjunkturverbund auch auf andere Länder auswirken. Hinzu kommt die durch steigende Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise angeheizte weltweite Inflation. In der Frühjahrsprognose hatte das IW Köln darauf hingewiesen, dass ausgehend von der Krise in den USA zwei mögliche Szenarien denkbar seien, wobei das erste Szenario zurzeit als das wahrscheinliche gilt: Gemäß dem ersten Szenario erweist sich die Krise als längerfristig und schlägt mit zeitlicher Verzögerung auch auf die Realwirtschaft durch. Beim zweiten Szenario wird die Finanzmarktkrise schnell überwunden. Allerdings stellt sich eine Entwicklung ein, die in dieser Form nicht unbedingt vorausgesehen werden konnte. Während sich die wirtschaftliche Entwicklung in den USA – zumindest nach den offiziellen Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen – deutlich positiver als erwartet zeigt, wird die Entwicklung in der Eurozone zunehmend schlechter. Die Erwartung, dass sich die Eurozone vom US-Sog befreien und einen selbsttragenden Wachstumsprozess aufweisen kann, hat sich damit nicht bestätigt.

Insgesamt wird in diesem Jahr von einem Anstieg der weltweiten realen Wirtschaftsleistung von knapp unter 4 Prozent ausgegangen, und im nächsten Jahr wird mit einem geringfügig niedrigeren Anstieg von etwa 3,5 Prozent gerechnet. Der reale Welthandel wird sich in diesem und im nächsten Jahr um etwa 4 Prozent erhöhen. Es wird weiterhin von einer anhaltenden weltweiten Konsolidierungsphase ausgegangen, die sich bis in das Jahr 2009 hinein erstrecken wird. Eine weltweite Rezession wird zurzeit nicht erwartet. Dafür sprechen folgende Gründe:

- Die langsamere Gangart in den USA führt nicht zu einem massiven konjunkturellen Einbruch in den USA.
- Das Wachstum der Schwellenländer bleibt robust, wenn auch etwas schwächer als in den Vorjahren.

- Erste Anzeichen deuten darauf hin, dass sich die weltweiten inflationären Tendenzen abschwächen.
- Die Auswirkungen der Immobilien- und Finanzmarktkrise waren zwar im Herbst dieses Jahres noch nicht ausgestanden, es kommt aber zu keinen großen Vertrauensschäden und Vermögenseffekten.

Kein massiver Einbruch in den USA

Das Wachstum wird sich in den USA in diesem und im nächsten Jahr im Vergleich zu den Vorjahren verlangsamen. Trotzdem ist im Prognosezeitraum kein massiver konjunktureller Einbruch zu erwarten. Denn trotz zahlreicher negativer Entwicklungen infolge der Immobilienkrise zeigt sich die Realwirtschaft zumindest im ersten Halbjahr dieses Jahres relativ robust. Vor allem aufgrund eines starken zweiten Quartals stieg das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 2,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. Im Vergleich zu den Vorjahren zeigen sich aber deutliche Unterschiede bei der Identifikation der Wachstumstreiber. Deutlich schwächer als in den Vorjahren erweist sich der Private Konsum, der in den USA in der Vergangenheit stets ein Wachstumsgarant war. So stiegen die realen Privaten Konsumausgaben im ersten Halbjahr lediglich um 1,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr an. In der Folge konnte dieses Aggregat nur einen Wachstumsbeitrag von 1 Prozentpunkt liefern. Die Investitionen sind nach wie vor von einem deutlichen Rückgang geprägt, der sich vor allem im zweiten Quartal nochmals beschleunigte. Im ersten Halbjahr sanken die realen Bruttoanlageinvestitionen um 4,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Vor allem der starke Rückgang der Bauinvestitionen zeigt hier die Folgen der Immobilienkrise. Die realen Bauinvestitionen sind bereits im vergangenen Jahr um fast 18 Prozent eingebrochen. Neben diesen beiden schwächeren Aggregaten zeigt sich der Außensektor zurzeit als Konjunkturstütze. Dies gilt vor allem auch im längerfristigen Vergleich (LaVorgna, 2008). Während sich die Importe um 1,5 Prozent verminderten, konnten die realen Exporte im ersten Halbjahr um gut 10 Prozent zulegen. Damit erwies sich der Außenbeitrag als größte Wachstumsstütze für die US-Konjunktur. Während dieser in den Vorjahren das US-Wachstum stets reduzierte, lieferte er im ersten Halbjahr 2008 einen Wachstumsbeitrag von 1,5 Prozentpunkten.

Trotz des im Rahmen der Krise relativ robusten Wachstums im ersten Halbjahr 2008 kann zurzeit noch nicht davon ausgegangen werden, dass sich die Krise in den USA ihrem Ende nähert. Vielmehr wird im Rahmen der Prognose davon ausgegangen, dass sich die Probleme weiter bis in das Jahr 2009 hinein verfestigen. In diesem Jahr wird sich das reale BIP in den USA um knapp unter 2 Prozent erhöhen, im nächsten Jahr wird mit einem Anstieg von 1,5 Prozent gerechnet (Tabelle 1). Folgende Gründe sprechen für diese Entwicklung:

Tabelle 1

IW-Auslandsprognose

Veränderung des realen BIP gegenüber Vorjahr in Prozent

	2007	2008	2009
Deutschland	2,5	1,7	0,6
Frankreich	2,2	1,2	1,0
Italien	1,5	0,4	0,4
Spanien	3,8	1,4	0,4
Niederlande	3,5	2,3	1,2
Belgien	2,8	1,6	1,4
Österreich	3,4	2,3	1,6
Griechenland	4,1	3,0	2,9
Irland	5,3	0,3	1,0
Finnland	4,4	2,6	2,2
Portugal	1,9	1,2	1,0
Luxemburg	4,5	3,0	3,0
Slowenien	6,1	3,9	3,5
Euroraum^{1) 2)}	2,7	1,4	0,9
USA	2,0	1,9	1,5
Japan	2,1	0,9	1,0
Vereinigtes Königreich	3,1	1,2	0,8
Kanada	2,7	1,0	1,8
Schweiz	3,1	2,0	1,5
Schweden	2,8	1,5	1,4
Norwegen	3,7	2,5	2,0
Dänemark	1,8	1,0	0,8
Industrieländer^{1) 3)}	2,2	1,6	1,3

1) Gewicht: BIP 2007. 2) Ohne Malta und Zypern. 3) Gewichteter Durchschnitt der hier außerhalb des Euroraums angegebenen Industrieländer.

Quellen: IWF; nationale Behörden; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

- Die Immobilien- und Finanzmarktkrise wird sich weiter negativ auf Konsum und Investitionen auswirken. Das Konsumentenvertrauen hat sich über die vergangenen Monate deutlich verschlechtert, wodurch negative Auswirkungen auf den Privaten Konsum zu erwarten sind.
- Ebenso dämpfend auf den Privaten Konsum dürften die Beschäftigungsentwicklung und die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt sein. Die Arbeitslosenquote hat sich mittlerweile auf 6,1 Prozent erhöht.
- Der Außensektor dürfte die Konjunktur wegen der schwachen Dollarentwicklung weiter stützen.

Licht und Schatten in Asien

In Asien bleiben die Wachstumsaussichten uneinheitlich. Auf der einen Seite stehen wachstumsstarke Länder wie China, Indien und andere aufstrebende Schwellenländer, die im Prognosezeitraum nach wie vor hohe Wachstumsraten zeigen und trotz der internationalen Situation nicht mit starken Wachstumseinbußen konfrontiert werden. So wird sich das reale BIP in China in diesem und im nächsten Jahr um 9,5 Prozent erhöhen, in Indien kann mit einem Anstieg um etwa 8 Prozent gerechnet werden. Zwar exportiert China mittlerweile rund 21 Prozent seiner Waren in die USA. Ein Einbruch bei den Exporten könnte jedoch zu Wachstumsverlusten führen, und über indirekte Wege könnten auch die Investitionstätigkeit und der Private Konsum gedämpft werden. Doch insgesamt scheinen in China die binnenwirtschaftlichen Kräfte stark genug, um ein anhaltend hohes Wachstum zu erzeugen. Sorgen bereiten könnte mittelfristig die hohe Inflation. In diesem Jahr wird mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um über 6 Prozent gerechnet.

Die wirtschaftliche Entwicklung in Japan bleibt auf einem moderaten Niveau. In diesem und im nächsten Jahr wird das reale BIP um gut 1 Prozent steigen. Dabei wird die wirtschaftliche Entwicklung auch über geringere Wachstumsraten des Exports beeinträchtigt. Hier zeigen sich Auswirkungen des geringeren US-Geschäfts, da die USA für Japan nach wie vor das wichtigste Exportland darstellen. Dies wirkt sich auch auf die binnenwirtschaftlichen Kräfte aus.

Schwächere Aussichten für Europa

Ähnlich wie in Asien zeigen sich auch in Europa unterschiedliche Konjunkturaussichten für einzelne Länder und Regionen. Die reale Wirtschaftsleistung wird sich in den Ländern der Eurozone (ohne Malta und Zypern) stärker eintrüben als im Frühjahr dieses Jahres vermutet. Das reale BIP wird sich in diesem Jahr um 1,4 Prozent und im nächsten Jahr um nur 0,9 Prozent erhöhen. Die Auswirkungen der internationalen Konsolidierung zeigen sich damit stärker als noch im Frühjahr erwartet. Die These, dass sich die Eurozone als eigen-

ständiger Wachstumsmotor etablieren und die internationale Abhängigkeit nachhaltig verringern kann, bestätigt sich nicht. Es muss allerdings berücksichtigt werden, dass sich die Konsolidierung des Immobilienmarktes nicht nur auf die USA begrenzt, sondern auch in Ländern wie etwa dem Vereinigten Königreich und Spanien zu beobachten ist und dort negativ auf Investitionen und den Privaten Konsum durchschlägt. Zudem wirken auch belastende Faktoren wie die Aufwertung des Euro mit zeitlicher Verzögerung. Gleichwohl zeigen sich in Europa deutliche Wachstumsdifferenzen:

- Italien kämpft seit Jahren mit strukturellen Problemen. Die damit beeinträchtigte Wettbewerbsfähigkeit verhindert ein stärkeres Wachstum auch in den kommenden Jahren.
- Deutliche Wachstumseinbrüche verzeichnen die Spitzenreiter der vergangenen Jahre wie etwa Irland und Spanien. Besonders in Spanien zeigen sich nun die Grenzen des Baubooms. Die Konsolidierung der Immobilienpreise wirkt sich negativ auf Konsum, Beschäftigung und Investitionen aus.
- Ebenso zeigt sich im Vereinigten Königreich ein starker Wachstumseinbruch im Vergleich zu den vorherigen Jahren. Auch hier dämpft die Immobilienkrise das Wachstum. Fallende Immobilienpreise belasten den Privaten Konsum, der wie die Investitionstätigkeit in den vergangenen Jahren ein wesentlicher Wachstumstreiber war.
- Die mittel- und osteuropäischen Länder zeigen im Vergleich zu den übrigen Regionen Europas weiterhin solide Wachstumsraten. In den EU-Beitrittsländern wird sich im Durchschnitt das reale BIP in diesem und im nächsten Jahr um jeweils etwa 4 Prozent erhöhen. In Russland ist mit einem Anstieg um etwa 7 Prozent zu rechnen.

Beruhigung bei Ölpreisen und Inflation

Der rasante Anstieg des Ölpreises bis Mitte des Jahres 2008, die größer werdende Anzahl von Ländern mit hohen und steigenden Inflationsraten und die schlechteren Aussichten für die Weltwirtschaft haben Befürchtungen genährt, es könnte zu einer Stagflation kommen. Diese Befürchtung ist besonders für Deutschland unbegründet. In der Tat kann ein steigender Ölpreis die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bremsen und gleichzeitig Preissteigerungen erzeugen. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die EZB des Problems der Inflation letztlich Herr wird und sich die Situation auch wegen der zuletzt wieder niedrigeren Ölpreise bessert. Vor allem ist zu beachten, dass die hohen Inflationsraten in Deutschland in den siebziger Jahren keineswegs hauptsächlich durch die steigenden Ölpreise generiert wurden. Vielmehr kam es zu Fehlern bei der Lohnpolitik, Fiskalpolitik und Geldpolitik (SVR, 1979, Ziff. 375). In den letzten Wochen sind die Rohölpreise wieder deutlich gesunken. Zeitweise kostete das Barrel Rohöl deutlich weniger als 100 US-Dollar – nach fast 150 US-Dollar im Frühsommer 2008. Für den Prognosezeitraum wird von einem Ölpreis in einem Korridor von 80 bis 120 US-Dollar je Barrel ausgegangen.

Deutschlands Exportgeschäft kommt spürbar unter Druck

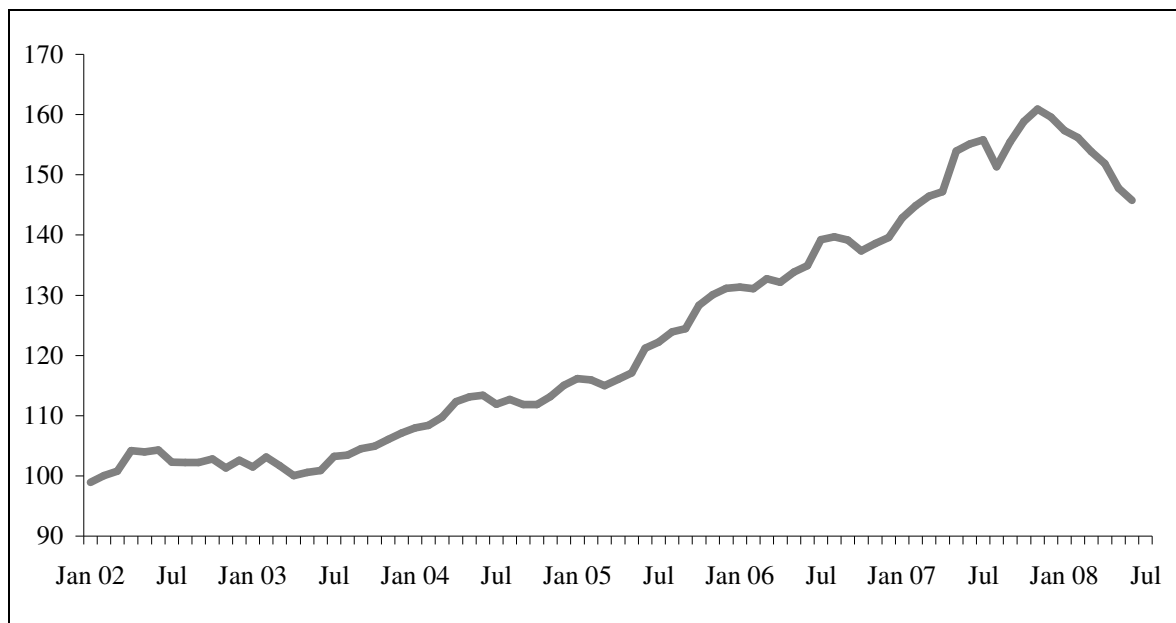
Die deutsche Wirtschaft wurde in den vergangenen Jahren von einem boomenden Exportgeschäft angetrieben. In den letzten drei Jahren ging exakt die Hälfte des Wirtschaftswachstums auf den Außenbeitrag. Dabei stiegen die Ausfuhren in preisbereinigter Betrachtung im Jahresdurchschnitt um 9,3 Prozent an, die Importe um 7,8 Prozent. Hinreichend bekannt ist, dass sich Deutschland mit dieser guten Exportperformance im vergangenen Jahr ein weiteres Mal den Titel des Warenexportweltmeisters sichern konnte. Für diesen Erfolg gibt es mehrere Gründe (Danninger/Joutz, 2007; Hüther, 2008a): Zum Ersten konnten die Effizienzpotenziale der Restrukturierungen in den Industrieunternehmen mehr und mehr gehoben werden. Dabei handelte es sich um eine intensivere intersektorale und internationale Arbeitsteilung. Zum Zweiten konnte die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft durch eine zurückhaltende Lohnentwicklung verbessert werden. Damit hat sich der Nachteil bei der Lohnstückkostenposition deutscher Unternehmen im Vergleich mit denen aus anderen hochentwickelten Volkswirtschaften deutlich vermindert. Außerdem hat die gemeinsame Währung die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands innerhalb des Euroraums insofern verbessert, als andere Mitgliedsländer ihre vormaligen Währungen nicht mehr gegenüber der früheren deutschen Währung abwerten können. Und zum Dritten hat ein bemerkenswerter globaler Investitionsboom den stark auf Investitionsgüter spezialisierten deutschen Außenhandel kräftig angeschoben (Grömling, 2008). Seit 2001 hat sich das globale Investitionsvolumen in nominaler Rechnung mehr als verdoppelt. Dabei hat sich die Investitionstätigkeit zunehmend in Richtung der Schwellen- und Entwicklungsländer hin verschoben.

Dieser Konjunkturmotor der deutschen Wirtschaft wurde in letzter Zeit bereits zurückgeschaltet. Die Verlangsamung der Weltwirtschaft findet mehr und mehr auch ihren Niederschlag beim deutschen Außenhandel. Bereits im zweiten Quartal 2008 unterschritten die preis- und saisonbereinigten Exporte das Volumen des vorhergehenden Quartals. Hinzu kommt, dass die Auftragseingänge aus dem Ausland deutlich auf eine nachlassende Exporttätigkeit in den kommenden Monaten hinweisen. Abbildung 1 zeigt, dass sich die Auslandsbestellungen seit ihrem Höhepunkt im November 2007 kontinuierlich zurückgebildet haben. Im Juli 2008 wurde dieser Höchstwert bereits um 12 Prozent unterschritten. Freilich muss dabei im Blick gehalten werden, dass sich das Auslandsgeschäft immer noch auf einem hohen Niveau befindet. Hinsichtlich der konjunkturellen Dynamik deutet sich allerdings kaum noch eine Belebung in nächster Zeit an. Für eine zurückhaltende Auslandsprognose sprechen folgende Faktoren:

Abbildung 1

Auslandsaufträge der deutschen Industrie

Preis- und saisonbereinigte Drei-Monatsdurchschnitte der Auftragseingänge aus dem Ausland;
Index 2000 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

1. Das Tempo des Welthandels wird im Gefolge der ruhiger tendierenden Weltwirtschaft im Prognosezeitraum deutlich nachlassen. Für dieses und das nächste Jahr wird ein Zuwachs des realen Welthandels in Höhe von 4 Prozent erwartet.
2. Die Abkühlung der Weltwirtschaft dürfte zumindest in der kurzen Frist auch die globale Investitionstätigkeit treffen. Wenn die globale Investitionsintensivierung der jüngsten Vergangenheit stärker als zuvor von der hohen Gangart der Weltwirtschaft beeinflusst wurde, dann ist im Gefolge einer nachlassenden Weltwirtschaft mit einer moderateren Investitionstätigkeit zu rechnen. Investitionen sind generell eine konjunktursensible Größe. Die globale Kompensationskraft der Rohstoffländer, die ihre Rohstoffeinnahmen für eine steigende Investitionstätigkeit heranziehen, darf jedenfalls nicht überschätzt werden (Grömling, 2008). Hinzu kommt, dass sich bereits im Gefolge der Finanzmarktkrise die Risikoeinschätzung verändert haben dürfte (IMF, 2008, 4 ff.; Jäger/Voigtländer, 2008). Höhere Risikoprämien und restriktivere Kreditbedingungen werden möglicherweise das globale Investitionsvolumen vermindern. Vor allem Investitionen, die mit einem höheren Risiko behaftet sind, dürften stärker auf dem Prüfstand stehen.
3. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft hat sich infolge der Euro-Aufwertungen bereits verschlechtert. Im Juli lag der reale effektive Wechselkurs des Euro um gut 5 Prozent über dem Jahresdurchschnitt von 2007. Im Vergleich zum US-Dollar hat-

te der Euro bei einer nominalen Betrachtung im gleichen Zeitraum um 20 US-Cent oder 15 Prozent zugelegt. Die letzten Wochen haben gleichwohl wieder etwas Entspannung aus Sicht der deutschen Exporteure gebracht. Für den Prognosezeitraum wird weiterhin von einem Wechselkurskorridor von 1,40 bis 1,60 US-Dollar je Euro ausgegangen.

4. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit wird des Weiteren auch von der Lohnentwicklung im Inland bestimmt. Im Gegensatz zu den drei vorhergehenden Jahren sind die Lohnstückkosten bereits im Jahr 2007 leicht angestiegen. Dies wird sich in diesem und vor allem im nächsten Jahr beschleunigt fortsetzen.

Vor diesem Hintergrund wird für 2008 ein Exportwachstum von 4,2 Prozent erwartet. Dabei war ausschließlich im ersten Quartal eine Aufwärtsbewegung zu beobachten. Die Flaute beim Exportgeschäft wird auch im ersten Halbjahr 2009 anhalten. Da die preisbereinigten Importe mit 3,8 Prozent etwas schwächer zulegen als die Exporte, wird der Außenbeitrag in diesem Jahr noch rund einen halben Prozentpunkt zum Wirtschaftswachstum beisteuern. Bei einem Zuwachs der realen Exporte in Höhe von 1,5 Prozent und der Importe in Höhe von 1,8 Prozent im Jahr 2009 wird der Exportüberschuss keinen Wachstumsbeitrag mehr leisten.

Investitionszyklus ist zu Ende

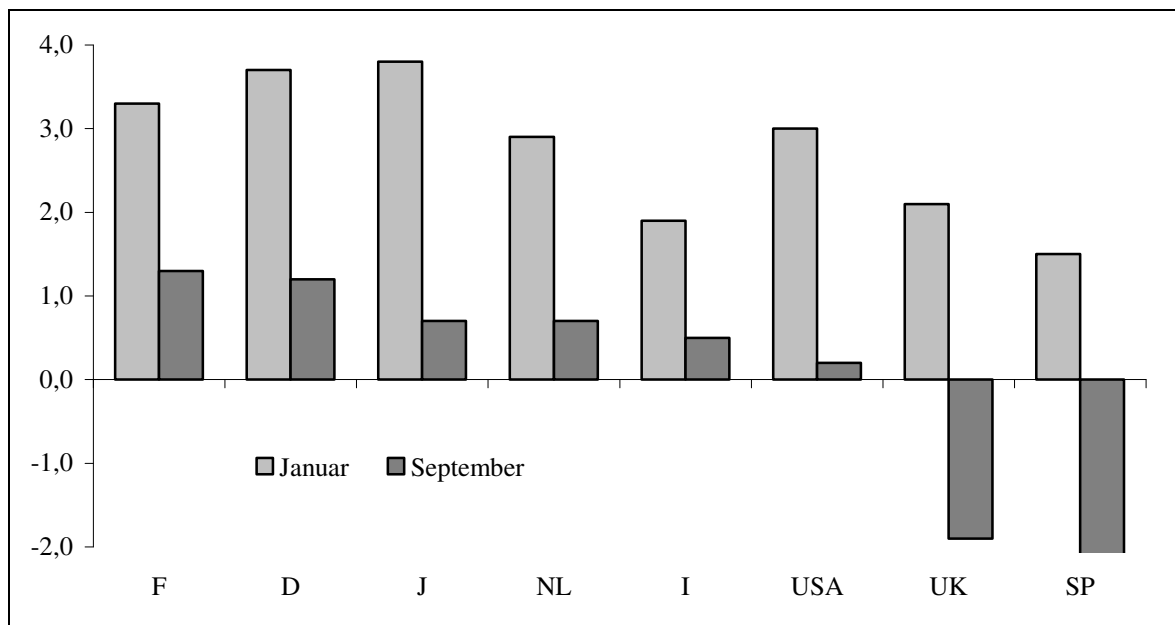
Die gute wirtschaftliche Entwicklung in den vergangenen Jahren ging mit einer beachtlichen Investitionsdynamik im Inland einher. Im zweiten Quartal 2008 lagen die preis- und saisonbereinigten Ausrüstungsinvestitionen um 40 Prozent über dem Wert des entsprechenden Quartals im Jahr 2003. Deutschland befindet sich nunmehr im sechsten Jahr eines nahezu ununterbrochenen Investitionsaufschwungs. Allerdings hat das Tempo im zweiten Quartal 2008 – entgegen den ersten Erwartungen – nachgelassen. Seit dem zweiten Vierteljahr 2003 war dies nur in zwei Quartalen der Fall.

Damit stellt sich die Frage, ob beim Investitionszyklus nur eine kurze Unterbrechung zu erwarten ist oder ob es sich um eine nachhaltige Korrektur bei der Investitionstätigkeit in Deutschland handelt. Hilfreich bei der Beantwortung dieser Frage ist es sicherlich auch, dass sich in allen großen Volkswirtschaften die Investitionsperspektiven für das Jahr 2009 teilweise markant eingetrübt haben (Abbildung 2). Das gilt besonders für die Länder, die derzeit am stärksten von Immobilienpreisanpassungen betroffen sind: die USA, das Vereinigte Königreich und Spanien. Für die Abschätzung der weiteren Investitionstätigkeit in Deutschland kommen folgende Rahmenbedingungen in Betracht:

Abbildung 2

Investitionsperspektiven im internationalen Vergleich

Erwartete Veränderung der realen Ausrüstungsinvestitionen für das Jahr 2009 in Prozent, Prognosewerte vom Januar und September 2008 im Vergleich



Quellen: Consensus Forecasts; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

1. Die nachlassende Exporttätigkeit wird auch die Investitionsneigung kurzfristig belasten. Dies hängt mit Entspannungsmomenten bei der Kapazitätsauslastung zusammen, die in den letzten Jahren ein vergleichsweise hohes Niveau erreichte. Es wird allerdings von keiner generellen Trendwende bei der Kapazitätsschaffung in Deutschland ausgegangen. Immer noch geben zwei Drittel der deutschen Industrieunternehmen den Kapazitätsausbau als das wichtigste Investitionsmotiv an (Weichselberger, 2008, 32). Die letzten Jahre haben deutlich gezeigt, welche guten Perspektiven deutsche Industrieunternehmen im Gefolge einer expandierenden Weltwirtschaft vorfinden und nutzen können. Diese Zuversicht wird sich – sofern es nicht zu markanten Verschlechterungen bei der Lohn- und Wirtschaftspolitik kommt – mittelfristig durchsetzen.

2. Bisher waren noch keine Beeinträchtigungen bei der Unternehmensfinanzierung im Gefolge der Bankenkrise zu beobachten. Das gewerbliche Kreditneugeschäft kann als sehr rege bezeichnet werden (KfW, 2008). Die Finanzierungsbedingungen der Unternehmen werden sich im Prognosezeitraum nicht nennenswert verschlechtern. Das Zinsniveau wird sich nicht erhöhen. Gleichwohl ist nicht auszuschließen, dass sich die Risikoeinschätzung bei der Kreditvergabe auch in Deutschland verändern wird.

Die Prognose für die realen Ausrüstungsinvestitionen für das Jahr 2008 fällt mit einem Zuwachs in Höhe von 5 Prozent noch vergleichsweise günstig aus. Im Frühjahr 2008 wurde nur ein Plus von 3,5 Prozent erwartet. Dabei muss sicherlich auch beachtet werden, dass im ersten Halbjahr 2008 – trotz bereits nachlassender Verlaufsdynamik – das Vorjahresergebnis noch um über 8 Prozent übertroffen wurde. Dieser gute und höher als erwartet ausgefallene Vorjahresvergleich hängt allerdings auch mit erheblichen Revisionen für die Jahre 2006 und 2007 und den damit verbundenen Basiseffekten zusammen. Im Vergleich mit den ersten Jahresergebnissen vom Januar 2008 und den Veröffentlichungen für das erste Quartal vom Mai 2008 wurden zuletzt der Zuwachs für das Jahr 2006 von 8,3 Prozent auf 11,1 Prozent nach oben und das Plus für das Jahr 2007 von 8,4 Prozent auf 6,9 Prozent nach unten korrigiert. Die nachlassende Investitionsdynamik in Deutschland wird sich vor allem in der Jahresdurchschnittsrate für das Jahr 2009 niederschlagen, wenngleich es dann im zweiten Halbjahr bereits wieder zu einer leichten Erholung bei der Investitionstätigkeit kommt. Die realen Ausrüstungsinvestitionen werden 2009 nahezu stagnieren. Der im Jahr 2003 langsam einsetzende Investitionszyklus kommt somit im Jahr 2008 zum Erliegen, bevor es im zweiten Teil des kommenden Jahres im Gefolge der sachten weltwirtschaftlichen Erholung zu einer wieder leicht auflebenden Kapitalstockbildung in Deutschland kommt.

Bauinvestitionen ohne Auftrieb

Die Entwicklung der Bauinvestitionen hat in den letzten Jahren keine eindeutige Richtung gezeigt. Dies lag teilweise auch an merklichen steuerlichen Einflüssen wie der Abschaffung der Eigenheimzulage oder der Erhöhung der Mehrwertsteuer, die jeweils Sonderkonjunktoren mit entsprechenden Vorzieheffekten und anschließenden Anpassungen nach sich zogen. Der Verlauf der preis- und saisonbereinigten Bauinvestitionen ist seit einem Jahr geprägt von einer leichten Aufwärtstendenz im zweiten Halbjahr 2007, einem enormen Anstieg im ersten Quartal 2008 und einem starken Einbruch im zweiten Quartal 2008. Die überaus gute Entwicklung in den ersten drei Monaten dieses Jahres wird mit dem vergleichsweise milden Winter erklärt, der eine höhere Bauproduktion als ansonsten saisonal üblich erlaubte. Dies führte dann im zweiten Quartal zu einer Gegenreaktion. Für das zweite Halbjahr 2008 wird eine ähnliche Dynamik wie in einer Gesamtbetrachtung der vergangenen vier Quartale unterstellt. Jedenfalls signalisieren die Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe keine andere Dynamik (Abbildung 3).

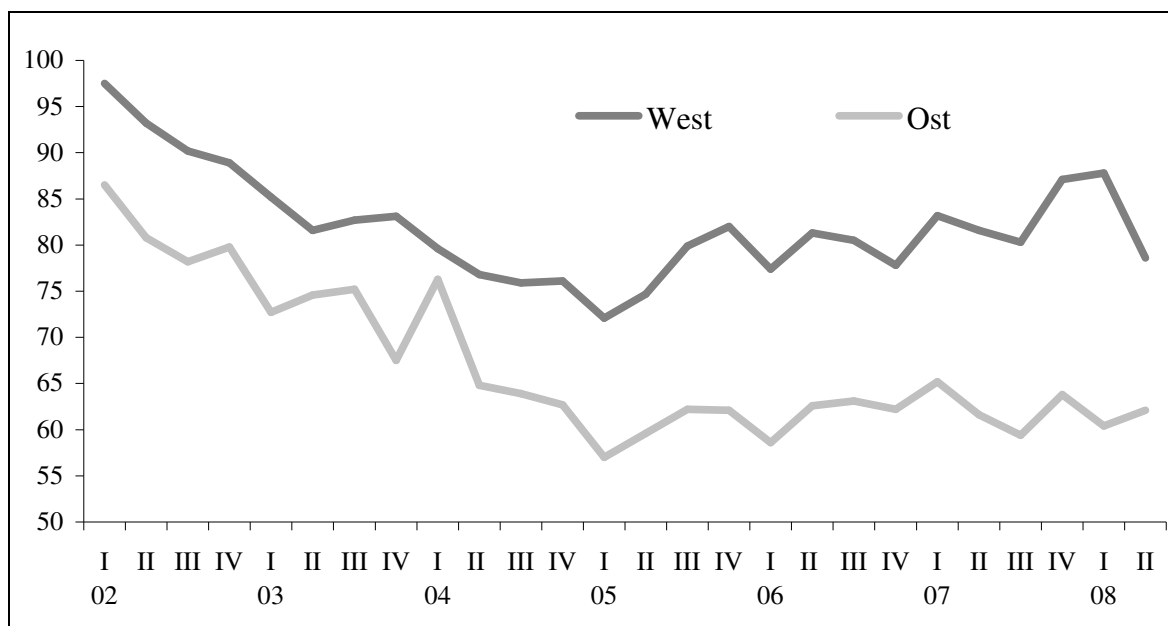
Damit werden die realen Bauinvestitionen in diesem Jahr um 2 Prozent über dem Jahresdurchschnitt 2007 liegen. Bei einer anhaltend bescheidenen Aufwärtsdynamik wird für das Jahr 2009 nur noch ein geringer Zuwachs von 0,5 Prozent erwartet. Es werden kaum Impulse vom Wohnungsbau ausgehen. Die gesamtwirtschaftliche Beruhigung wirkt sich hier

bereits dämpfend aus. Auch beim Wirtschaftsbau ist nur ein leichtes Plus zu erwarten. Die insgesamt mehr oder weniger auf der Stelle tretende Investitionstätigkeit hinterlässt auch hier ihre Spuren. Einzig der öffentliche Bau wird angesichts der verbesserten Haushaltssituation – besonders bei den Kommunen – weiterhin vergleichsweise kräftig expandieren und einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Bautätigkeit verhindern.

Abbildung 3

Auftragseingänge der Bauindustrie

Preis- und saisonbereinigte Werte; Index 2000 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Konsumloser Aufschwung

Der Aufschwung hat den Konsum in Deutschland nicht in Fahrt gebracht. Das ist insofern für die breite Wahrnehmung der guten wirtschaftlichen Entwicklung in Deutschland ein Problem, als der Konsum und seine Verbesserung den Prüfstein für viele Bewertungen darstellen. Sicherlich darf dabei die bemerkenswerte Arbeitsmarktdynamik nicht übersehen werden. Allerdings hat die erfreuliche Beschäftigungsentwicklung nicht ausgereicht, ein Konsumwachstum wie in früheren Aufschwungphasen zu ermöglichen. Dafür gibt es zumindest drei Erklärungen:

1. In nominaler Rechnung wurden in den letzten Quartalen durchaus deutliche Verbesserungen registriert. Die hohen Preissteigerungen haben allerdings diese nominalen Verbesserungen mehr als aufgezehrt. Die von Energie- und Rohstoffpreisen angetriebene Teuerung ist hier in erster Linie zu nennen. Die kräftig angestiegenen Rohstoffpreise kommen einem Kaufkrafttransfer an die Rohstofflieferländer gleich.

2. Zudem wurde die Konsumkonjunktur im vergangenen Jahr durch die um 3 Prozentpunkte höhere Mehrwertsteuer belastet. Dies entsprach einem direkten Kaufkraftverlust von über 20 Milliarden Euro oder 1,5 Prozent der Privaten Konsumausgaben.

3. Und nicht zuletzt ist die Sparquote vergleichsweise hoch geblieben. Die nominalen laufenden Ersparnisse stiegen im vergangenen Jahr um gut 5 Prozent an, was sich in einem Anstieg der Sparquote auf 10,8 Prozent niedergeschlagen hat. Dies hat sicherlich auch mit dem verstärkten privaten Sparen für die Altersvorsorge (Riesterrente) zu tun.

Im ersten Halbjahr 2008 übertrafen die nominalen Konsumausgaben der Privaten Haushalte den entsprechenden Vorjahreswert um gut 2 Prozent. Die an der mengenmäßigen Entwicklung gemessene Konsumkonjunktur wurde allerdings in einem erheblichen Maß von der in Fahrt gekommenen Teuerung belastet. Im ersten Halbjahr 2008 belief sich der Anstieg der Verbraucherpreise auf 3 Prozent. Wenngleich die Rohölpreise in jüngster Zeit deutlich rückläufig waren – im September wurde sogar zeitweise die 100-Dollar-Marke für ein Barrel Rohöl wieder unterschritten –, so dürfte die Inflationsrate in Deutschland im Jahr 2008 bei rund 3 Prozent liegen. Beim Gas steht zum Beispiel erst für den Herbst 2008 eine weitere Preiserhöhung an. Unter der Annahme einer eher verhaltenen Gangart bei der Energie- und Rohstoffpreisentwicklung wird für 2009 von einem Verbraucherpreisanstieg in Höhe von gut 2 Prozent ausgegangen. Die Beruhigung an der Inflationsfront ist aber weniger der Ausdruck einer Verbesserung auf der Angebotsseite der Rohstoffmärkte, sondern vielmehr einer weniger dynamischen Rohstoffnachfrage im Gefolge der weltwirtschaftlichen Moderation.

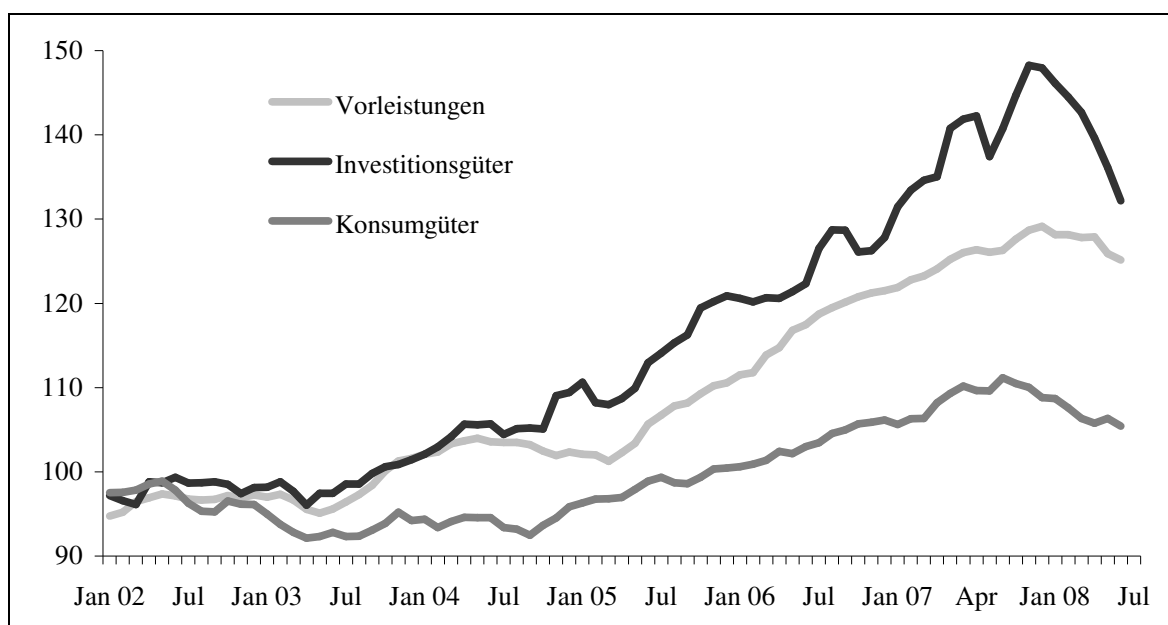
Die Konsumkonjunktur wird in diesem Jahr von der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungs- und Einkommensentwicklung getragen. Der weiterhin expandierende Arbeitsmarkt und die im Vergleich zu den vorhergehenden Jahren höheren individuellen Arbeitsentgelte fördern das gesamtwirtschaftliche Masseneinkommen. Dies wird bis in das nächste Jahr hinein tragen. Vor allem von der Einkommensentwicklung her bestehen im kommenden Jahr stimulierende Effekte auf den Konsum. Freilich bleibt abzuwarten, ob eventuelle übermäßige Lohnabschlüsse bereits im kommenden Jahr negative Beschäftigungseffekte nach sich ziehen. Davon wird in der vorliegenden Prognose nicht ausgegangen. Leichte Einkommensimpulse kommen im nächsten Jahr durch höhere öffentliche Transferzahlungen. Dazu zählen die Erhöhungen beim Kindergeld, Wohngeld und bei den gesetzlichen Renten. Hingegen dürften die Vermögenseinkommen infolge der sich eintrübenden Konjunktur kaum Einkommensimpulse leisten.

Vor diesem Hintergrund werden die realen Konsumausgaben der Privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2008 im besten Fall stagnieren. Derzeit wird von einem leichten Rückgang in Höhe von 0,1 Prozent ausgegangen. Die hohe Teuerung zehrt die nominalen Einkommensverbesserungen mehr oder weniger auf. Erst im kommenden Jahr wird es – bei einem stagnierenden Arbeitsmarkt und einer geringeren Inflationsrate – zu einem Konsumplus von 0,7 Prozent auf Basis preisbereinigter Werte kommen.

Abbildung 4

Auftragseingänge der deutschen Industrie

Preis- und saisonbereinigte Drei-Monatsdurchschnitte der Auftragseingänge aus dem Inland und dem Ausland; Index 2000 = 100



Quellen: Deutsche Bundesbank; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Industrie vor einer Schwächephase

Der bisherige Aufschwung hatte zwei Kennzeichen: Zum einen war er von einem expansiven Auslandsgeschäft und zum anderen von einer beachtlichen Industriedynamik geprägt. Beides sind in Deutschland die zwei Seiten einer Medaille, denn deutscher Außenhandel ist zu fast 90 Prozent Industriehandel. Die weltwirtschaftlich ruhigere Gangart und eine Dämpfung der globalen Investitionstätigkeit setzen über eine moderatere Ausfuhrperspektive in erster Linie den deutschen Industrieunternehmen zu. Abbildung 1 hat bereits gezeigt, dass die Auslandsaufträge der Industrie seit Ende des vergangenen Jahres durchgehend rückläufig sind. Dies hat sich bereits in rückläufigen Bestellungen aus dem Inland niedergeschlagen. Abbildung 4 zeigt, dass die Industrie wegen sinkender Aufträge auf breiter Front ihre künftigen Produktionsperspektiven anpassen muss. Sinkende Aufträge sind

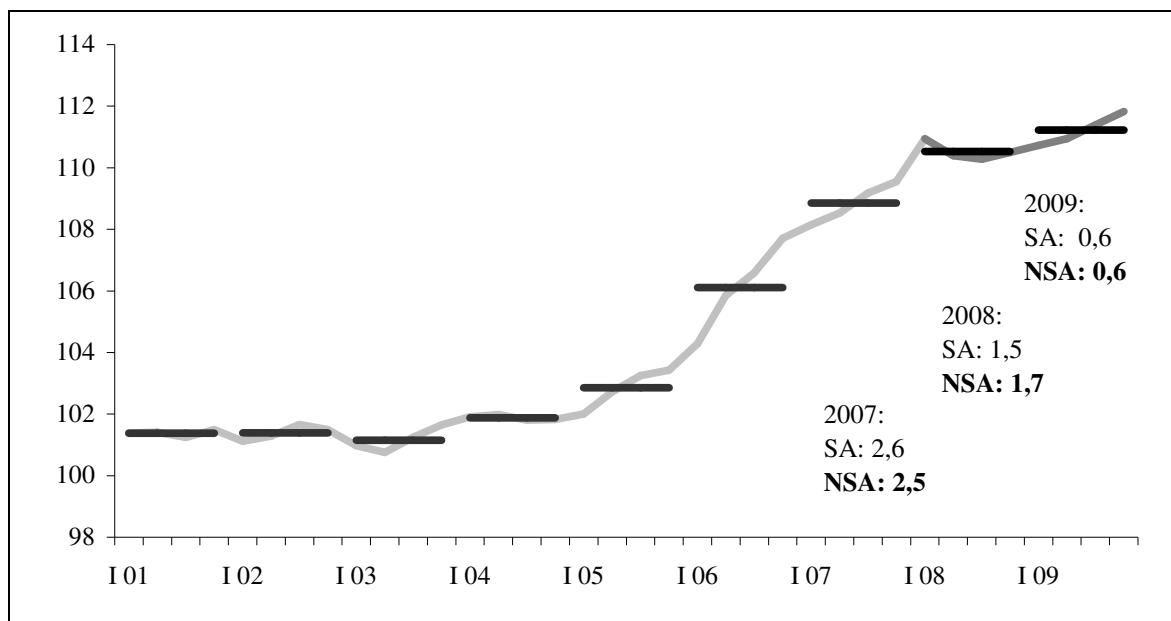
zwar am stärksten im Investitionsgütersektor zu beobachten, aber auch bei den Produzenten von Vorleistungs- und Konsumgütern hat das Ordervolumen nicht nur am aktuellen Rand, sondern seit geraumer Zeit eine rückläufige Tendenz.

Angesichts einer mehr oder weniger nur verhalten expandierenden Bautätigkeit wird die industrielle Abkühlung direkt auf die Entstehungsseite des BIP durchschlagen. Gerade die letzten Jahre haben wieder einmal deutlich gezeigt, dass in Deutschland die Industrie der konjunkturelle Taktgeber ist. Wenngleich rund zwei Drittel der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung auf die diversen Dienstleistungsbereiche entfallen, zeigt dieser Wirtschaftsbereich vergleichsweise wenige Schwankungen auf. Vor dem Hintergrund der erwarteten Entwicklung der Verwendungsaggregate und auf der Entstehungsseite wird das reale BIP in Deutschland in diesem Jahr mit 1,7 Prozent wachsen. Der konjunkturelle Schwung nimmt im Jahresverlauf 2008 zunächst ab und stabilisiert sich dann (Abbildung 5). Erst im zweiten Halbjahr 2009 nimmt die Konjunktur wieder Fahrt auf. Im Jahresdurchschnitt 2009 wird das reale BIP den Vorjahreswert um nur 0,6 Prozent übertreffen.

Abbildung 5

BIP-Verlauf in Deutschland

Entwicklung des preis-, saison- und arbeitstäglich bereinigten BIP; Index 2000 = 100 und Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent



SA: saison- und arbeitstäglich bereinigt. NSA: nicht saison- und arbeitstäglich bereinigt.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

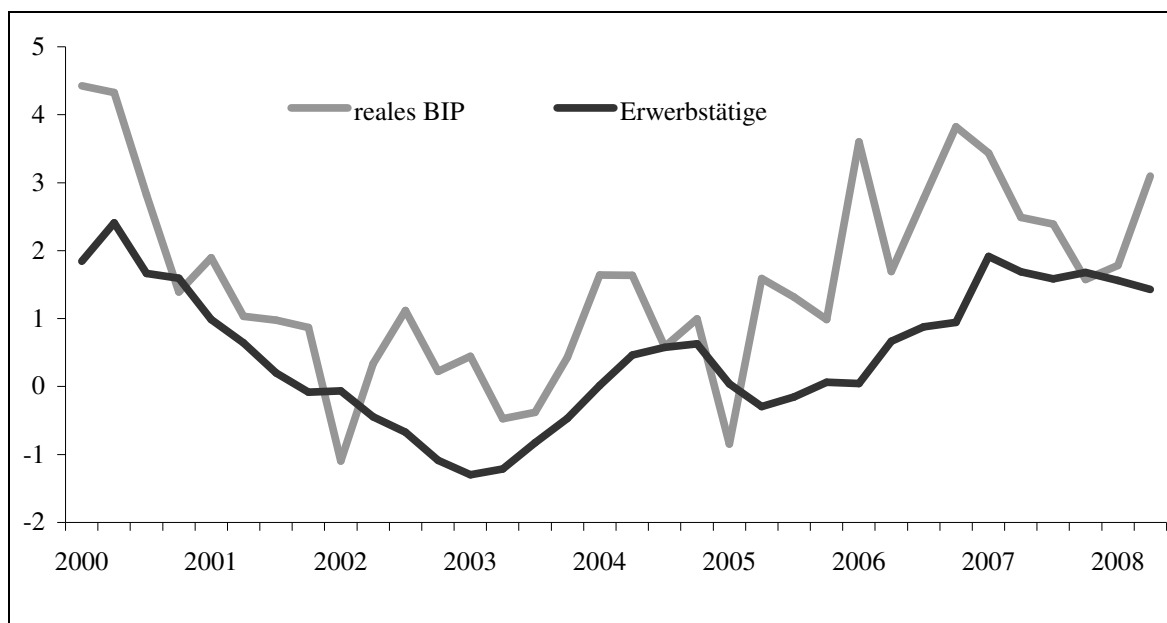
Positive konjunkturelle Impulse am Arbeitsmarkt

Das kräftige Wachstum des Inlandsprodukts und zum Teil strukturelle Reformen in den vergangenen Jahren haben im Jahr 2007 für einen kräftigen Rückgang der Arbeitslosigkeit und einen deutlichen Zuwachs bei der Erwerbstätigkeit und der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gesorgt. Auch im Jahr 2008 entwickelt sich der Arbeitsmarkt weiterhin positiv. Zur Jahresmitte liegt die Anzahl der Arbeitslosen um 14 Prozent unter dem Vorjahresniveau, während die Erwerbstätigkeit um 1,4 Prozent und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung sogar um 2,2 Prozent darüber liegen. Eine konjunkturelle Abkühlung im Jahresverlauf wird sich in den Arbeitsmarktzahlen für das laufende Jahr noch nicht vollständig widerspiegeln. Traditionell verhält sich der Arbeitsmarkt träger als die Konjunktur.

Abbildung 6

Wirtschaftswachstum und Erwerbstätigkeit

Veränderung des realen BIP und der Anzahl der Erwerbstätigen gegenüber Vorjahresquartal in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Aus Abbildung 6 geht erstens hervor, dass die jährlichen Veränderungsrate des BIP weit stärker schwanken als die der Erwerbstätigkeit. Zweitens zeigt sie, dass die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt den konjunkturellen Impulsen in der Regel nachläuft. Der Korrelationskoeffizient zwischen der Veränderungsrate des BIP und der Erwerbstätigkeit liegt mit 0,36 deutlich niedriger als bei der Veränderungsrate der Erwerbstätigkeit und des BIP aus dem Vorquartal (0,50). Auch zu dem BIP aus zwei Quartalen zuvor ist der statistische Zu-

sammenhang stärker als zu dem aktuellen Quartal. Bei einer Zeitverzögerung (Lag) von zwei Quartalen beträgt der Korrelationskoeffizient 0,47. Erst ab einem Lag von drei und mehr Quartalen geht der statistische Zusammenhang wieder deutlich zurück. Eine Veränderung des BIP wird erst mit einer Verzögerung von drei bis sechs Monaten auf dem Arbeitsmarkt teilweise sichtbar. Wenn es zu einer Eintrübung der Arbeitsmarktlage in den letzten Monaten des Jahres 2008 kommt, wird sich dies in den Jahresdurchschnittswerten nur wenig bemerkbar machen. Die größere Trägheit und die verzögerte Reaktion des Arbeitsmarktes auf konjunkturelle Impulse können mit dem Verhalten der Unternehmen erklärt werden. Bei verschlechterter Auftragslage wird der Personalbestand nicht unmittelbar angepasst: erstens, um betriebsspezifisches Humankapital zu erhalten, und zweitens, um hohe Entlassungskosten zu vermeiden. Umgekehrt werden in der Konjunkturwende zum Aufschwung nur zögerlich neue Mitarbeiter eingestellt.

Bremssende demografische Effekte

Die Arbeitsmarktentwicklung wird jedoch keineswegs allein durch die Konjunktur determiniert. Nicht weniger bedeutend sind strukturelle Faktoren, die wiederum auch Einfluss auf den Konjunkturverlauf haben können. Neben den Arbeitsmarktreflexen treten seit einigen Jahren demografische Faktoren in den Vordergrund. Der rein demografische Einfluss auf die Anzahl der Erwerbspersonen ist seit langem deutlich negativ. Schon in den neunziger Jahren schieden jährlich rund 200.000 Personen mehr aus dem Arbeitsmarkt aus als neu hinzukamen. In den letzten Jahren konnte dieser Saldo auf etwa 100.000 reduziert werden, weil nunmehr die geburtenschwachen Jahrgänge der unmittelbaren Nachkriegszeit in das Rentenalter kamen. Doch zwei Entwicklungen trüben die Aussichten für die Zukunft. Erstens gelingt es immer weniger, den negativen demografischen Saldo durch eine höhere Erwerbsbeteiligung und Zuwanderung zu kompensieren. Nach Berechnungen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) ist im Jahr 2006 das Erwerbspersonenpotenzial erstmals gesunken. Im Jahr 2008 soll der Rückgang schon 94.000 Personen ausmachen (Bach et al., 2008). Zweitens folgt den geburtenschwachen Nachkriegsjahrgängen die Babyboom-Generation. Die 55- bis 64-Jährigen wiesen im Jahr 2006 eine durchschnittliche Jahrgangsstärke von 970.000 Personen auf. Dem standen durchschnittlich 975.000 Personen im Alter von 15 bis zu 24 Jahren gegenüber, die ausscheidende Arbeitnehmer ersetzen konnten. In zehn Jahren hat aber – jeweils ohne Berücksichtigung von Sterbefällen – die ausscheidende Generation eine durchschnittliche Jahrgangsstärke von 1.119.000, denen nur noch 780.000 Nachfolger gegenüberstehen. Wenn es nicht gelingt, durch eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung vor allem bei Älteren und durch Zuwanderung das Erwerbspersonenpotenzial zu stärken, kann die demografische Entwicklung bereits im nächsten Jahrzehnt zu einer Wachstumsbremse werden.

Tabelle 2

Arbeitsmarkt und reale Entstehungsrechnung in Deutschland

	2007	2008	2009	2008	2009
	Absolut			Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent	
Erwerbstätige im Inland (in 1.000)	39.768	40.220	40.180	1,1	-0,1
Arbeitszeit (in Stunden)	1.433,4	1.434,5	1.435,9	0,1	0,1
Arbeitsvolumen (in Mrd. Std.)	57,00	57,70	57,70	1,2	0,0
Reales BIP	-	-	-	1,7	0,6
Reales BIP je Erwerbstätigen	-	-	-	0,6	0,7
Reales BIP je Erwerbstätigenstunde	-	-	-	0,5	0,6
Erwerbslose nach ILO (in 1.000)	3.602	3.120	3.150	-13,4	-0,9
Erwerbslosenquote (in Prozent)	8,3	7,2	7,3	-	-
Registrierte Arbeitslose (in 1.000)	3.776	3.270	3.300	-13,4	1,0
Arbeitslosenquote (in Prozent)	9,0	7,5	7,6	-	-

Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Das Jahr 2008 wird als gutes Arbeitsmarktjahr in die Statistik eingehen. Die Erwerbstätigkeit erreicht trotz nachlassender Dynamik in der zweiten Jahreshälfte durch einen Zuwachs von rund 450.000 ein neues Rekordniveau und wird erstmals im Jahresdurchschnitt über der Marke von 40 Millionen Erwerbstätigen liegen (Tabelle 2). Frühindikatoren der Arbeitskräftenachfrage wie der „BAX“ der Bundesagentur für Arbeit oder der „Monster Employment Index“ zeigen zwar zur Jahresmitte eine nachlassende Dynamik, aber immer noch einen deutlichen Zuwachs im Vorjahresvergleich an. Rückläufig ist die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen, die sich rund 7 bis 8 Prozent unter den Vorjahreswerten bewegt. Die bei der Arbeitsverwaltung gemeldeten Stellen bilden jedoch nur rund die Hälfte der gesamten offenen Arbeitskräftenachfrage ab (Kettner/Spitznagel, 2008). Weiterhin sinkt die Anzahl der Arbeitslosen um rund eine halbe Million. Sie fällt damit auf den niedrigsten Stand seit 1992. Einwände, dass es sich hierbei nicht um eine reguläre, vollwertige Beschäftigung handeln würde, sind nicht stichhaltig. Vielmehr wächst die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahezu ebenso stark wie die gesamte Erwerbstätigkeit. Das relative Wachstum ist noch deutlich höher. Andere Erwerbsformen wie geringfügige Beschäftigung spielen – anders als noch während der Boomjahre 1998 bis 2000 – gegenwärtig kaum eine Rolle. Folgerichtig wächst das Arbeitsvolumen beispiellos schnell. In den Jahren 2006 bis 2008 wird es um über 2 Milliarden Stunden oder 3,5 Prozent zugenommen haben. Ein solcher Anstieg gelang zuletzt während der Vereinigungskonjunktur 1990 und 1991 in Westdeutschland. Seinerzeit allerdings wuchs das reale BIP mit jährlich über

5 Prozent. Bezogen auf das Wirtschaftswachstum, ist dieser Aufschwung also ohne Zweifel deutlich beschäftigungsintensiver als vorhergehende, sobald auf das Arbeitsvolumen abgestellt wird. Der beschäftigungspolitische Erfolg der letzten Jahre ist mithin nicht allein auf die konjunkturelle Entwicklung zurückzuführen, sondern auch auf strukturelle Verbesserungen. Die Agenda 2010, die Hartz-Reformen und die finanzielle Konsolidierung der Arbeitslosenversicherung mit den einhergehenden Beitragssatzsenkungen haben dazu ihren Beitrag geleistet.

Voraussichtlich wird es jedoch nicht gelingen, weitere strukturelle Reformen umzusetzen. Im Gegenteil, es drohen an verschiedenen Stellen Rückschritte. Die im Bereich des Möglichen liegende Einführung gesetzlicher Mindestlöhne, steigende Beiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung und hohe Tarifabschlüsse verbessern nicht die Rahmenbedingungen für mehr Beschäftigung im Jahr 2009. Bestenfalls erfolgt eine nochmalige Senkung des Arbeitslosenversicherungsbeitrags auf knapp unter 3 Prozent. Davon können jedoch keine durchschlagenden Beschäftigungseffekte erwartet werden. Da zusätzlich konjunkturelle Impulse fehlen und auch kein Überhangeffekt aus dem Jahr 2008 zu erwarten ist, wird die Erwerbstätigkeit im nächsten Jahr leicht abnehmen. Auch der Abbau der Arbeitslosigkeit kommt nahezu zum Stillstand. Nur aufgrund eines kalenderbedingten Anstiegs der jährlichen Arbeitszeit bleibt das Arbeitsvolumen auf dem Vorjahresniveau. Das vorläufige Ende der Expansion der Erwerbstätigkeit und des Abbaus der Arbeitslosigkeit bedeuten jedoch keine Rückkehr zu den arbeitsmarktpolitischen Krisenszenarien des Jahres 2005. Die Reformrendite wird sich auch im Abschwung bemerkbar machen.

Haushaltsdefizit durch steigende Staatsausgaben

Die Finanzpolitik hat in den vergangenen Jahren beachtliche Konsolidierungserfolge erzielt. Eine im Vergleich zum Wirtschaftswachstum unterproportionale Ausweitung der staatlichen Ausgaben führte im Kontext mit hohen Steuermehreinnahmen im Jahr 2007 erstmals seit 2000 zu einem leichten Überschuss im Finanzierungssaldo des öffentlichen Gesamthaushalts. Die Ausgabendisziplin bewirkte einen Rückgang der Staatsquote (Staatsausgaben in Prozent) auf 43,8 Prozent des BIP im Jahr 2007. Gegenüber ihrem Höchststand im Jahr 2003 hat sie damit um 4,6 Prozentpunkte abgenommen (Tabelle 3). Gemessen am BIP, gingen die Einnahmen ebenfalls zurück, aber in einem geringeren Umfang. Hauptgrund sind die gesunkenen Sozialbeiträge. Im Jahr 2000 machten sie noch 17,3 Prozent des BIP aus, 2007 waren es nur noch 15,5 Prozent. Der Rückgang resultiert vor allem aus der Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung von 6,5 auf 4,9 Prozent im Jahr 2007.

Tabelle 3

Entwicklung der staatlichen Haushaltskennziffern

Angaben in Prozent des BIP

	Staatsquote	Einnahmequote	Abgabenquote	Steuerquote	Sozialbeitragsquote
2000	45,1	46,4	42,3	25,0	17,3
2001	47,6	44,7	40,4	23,3	17,1
2002	48,1	44,4	39,9	22,8	17,1
2003	48,4	44,4	40,0	22,8	17,2
2004	47,0	43,3	39,1	22,2	16,9
2005	46,8	43,5	39,0	22,5	16,6
2006	45,3	43,8	39,5	23,3	16,2
2007	43,8	43,9	39,8	24,3	15,5
2008	43,5	43,6	39,4	24,2	15,2
2009	43,9	43,8	39,7	24,3	15,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; Institut der deutschen Wirtschaft Köln



Im Jahr 2008 gerät der Konsolidierungsprozess ins Stocken (Tabelle 4). Insgesamt bleibt es aber noch bei einem leichten Finanzierungsüberschuss, der in Relation zum BIP zu einer schwarzen Null wird. Gegenüber dem Vorjahr steigen die Ausgaben voraussichtlich um 2,6 Prozent an. Dies ist der höchste Ausgabenanstieg seit 2001. Dem steht allerdings ein weiterhin kräftiges Wachstum der Einnahmen gegenüber: Die Steuereinnahmen nehmen gegenüber 2007 um 2,9 Prozent zu und die Sozialbeiträge um 1,4 Prozent. Besonders die Lohnsteuer steigt 2008 bedingt durch den Beschäftigungsaufbau und die höheren Tarifabschlüsse stark an. Dies ist neben der Umsatzsteuer die ergiebigste Steuerquelle des Staates, sodass ein hohes Wachstum dieses Aggregats die Entwicklung der gesamten Steuereinnahmen stark bestimmt. Dem stehen die Mindereinnahmen bei der Körperschaftsteuer, ausgelöst durch die zum Jahresbeginn in Kraft getretene Unternehmenssteuerreform, gegenüber. Inwiefern die aus der Finanzmarktkrise resultierenden Abschreibungen der Banken das Aufkommen bereits im Jahr 2008 drücken, lässt sich schwer quantifizieren. In dieser Prognose wird davon ausgegangen, dass das Hauptvolumen erst im Jahr 2009 steuerlich wirksam wird. Die konjunkturelle Eintrübung wird sich bei den Gewinnsteuern 2008 noch nicht unerheblich niederschlagen. Denn im ersten Halbjahr lagen die Einnahmen aus diesen Steuern insgesamt über den Erwartungen, sodass eine nachlassende Aufkommensdynamik im zweiten Halbjahr weitgehend kompensiert wird. Die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen sind im ersten Halbjahr 2008 – ungeachtet der Beitragssatzsenkung bei der Arbeitslosenversicherung von 4,9 auf 3,3 Prozent – um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr

reszeitraum angestiegen. Dieser Zuwachs wird sich im zweiten Halbjahr leicht abgeschwächt fortsetzen, da die Beschäftigung auf einem hohen Niveau bleibt und die höheren Tarifabschlüsse ebenfalls zu einer Steigerung des Beitragsaufkommens beitragen.

Nachdem die Ausgaben im Zeitraum 2004 bis 2007 jahresdurchschnittlich nur um 0,3 Prozent gewachsen sind, expandieren sie im Jahr 2008 mit 2,6 Prozent deutlich kräftiger. Hierfür zeichnen mehrere Faktoren verantwortlich. Neben den hohen Lohnabschlüssen im öffentlichen Dienst werden die Transfers zum beschleunigten Anstieg beitragen. So besteht seit Jahresbeginn für ältere Arbeitnehmer ein verlängerter Anspruch auf Arbeitslosengeld. Außerdem legen die sozialen Sachleistungen der Kranken- und Pflegeversicherung kräftig zu. Hinzu kommt die außerplanmäßige Anhebung der gesetzlichen Rente ab dem zweiten Halbjahr 2008. Insgesamt steigen so die Ausgaben für soziale Leistungen um 2,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Erfreulicherweise dürften aber die staatlichen Investitionen am stärksten zunehmen, auch wenn die Wachstumsrate von 2007 in Höhe von 9,2 Prozent nicht erreicht werden wird.

Tabelle 4

Staatskonto für Deutschland

	2007	2008	2009
in Milliarden Euro			
Einnahmen	1.064,8	1.090,3	1.112,4
Steuern	576,3	593,1	604,1
Sozialbeiträge	399,9	405,4	416,7
Ausgaben	1.061,7	1.089,7	1.116,4
Arbeitnehmerentgelt	168,0	174,8	179,3
Soziale Leistungen	596,7	610,3	628,6
Bruttoinvestitionen	35,6	37,3	39,5
Finanzierungssaldo	3,1	0,6	-4,0
in Prozent des BIP			
Staatsquote	43,8	43,5	43,9
Abgabenquote	39,8	39,4	39,7
Steuerquote	24,3	24,2	24,3
Finanzierungssaldo	0,1	0,0	-0,2

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Neben den bereits genannten steuerlichen Risiken bestehen sowohl auf der Einnahme- als auch auf der Ausgabenseite weitere Unsicherheiten. Ob zum Beispiel Landesbanken ihre Gewinnabführungen aufrechterhalten können, erscheint nach aktueller Einschätzung fraglich. Zudem haben Bund und Länder Zusagen gemacht, die Risiken der in ihrem Besitz befindlichen Kreditinstitute teilweise zu übernehmen. So ist der Bund gegenüber der in Not geratenen IKB Verpflichtungen in Höhe von 1,2 Milliarden Euro eingegangen, zu denen weitere 600 Millionen Euro aus Garantieverpflichtungen hinzukommen können. Auch das Bundesland Sachsen hat Risiken der Sachsen LB übernommen. Da ungewiss ist, wann und in welchem Umfang die Garantien in Anspruch genommen werden, sind in dieser Prognose für das Jahr 2008 insgesamt 1,5 Milliarden Euro an Haushaltsbelastungen eingestellt. Es bestehen aber auch 2009 noch nicht quantifizierbare Risiken für Mehrausgaben.

Im Jahr 2009 werden die öffentlichen Haushalte voraussichtlich wieder defizitär. Die Ausgaben steigen weiterhin relativ kräftig, und zwar mit 2,4 Prozent sogar stärker als das nominale BIP. Dadurch nimmt die Staatsquote erstmals seit 2003 wieder zu. Denn die bereits abgeschlossenen Tarifverträge sichern den Beschäftigten im öffentlichen Dienst auch im Jahr 2009 eine deutliche Lohnsteigerung zu. Außerdem wird in dieser Prognose ein höheres Kindergeld unterstellt. Die Anhebung des Wohngeldes schlägt mit knapp einer weiteren Milliarde Euro zu Buche. Vermutlich wird auch der Regelsatz des Arbeitslosengeldes II im Jahr 2009 angehoben. Das genaue Ausmaß ist aber noch unbekannt, sodass diese Maßnahme hier nicht berücksichtigt wird. Sie stellt aber eine weitere potenzielle Haushaltsbelastung dar, die das Defizit über das hier ermittelte Niveau hinaus weiter erhöhen dürfte.

Als Konsequenz aus der konjunkturellen Abschwächung ergibt sich für 2009 auch ein geringerer Anstieg der Einnahmen. Das Wachstum gegenüber dem Vorjahr beträgt nur noch 2,0 Prozent, was im Wesentlichen auf eine gesunkene Dynamik bei den Steuereinnahmen zurückzuführen ist. Besonders bei den aufkommensstarken Gemeinschaftssteuern wird sich dieser Trend niederschlagen. So wird die Körperschaftsteuer trotz der geringeren Aufkommenseinbußen aus der Unternehmenssteuerreform wenn überhaupt nur geringfügig zulegen. Da der Beschäftigungsaufbau nicht weiter zunimmt, kann auch die Lohnsteuer die Zuwachsraten der Vergangenheit nicht halten. Die voraussichtlich geringeren Gewinnabführungen der öffentlich rechtlichen Banken bremsen zudem die Dynamik der sonstigen Einnahmen. Nur die Beitragseinnahmen der Sozialversicherungen werden weiter zunehmen. Denn zum einen bleibt das Beschäftigungsniveau weitestgehend konstant, und zum anderen finden keine weiteren Beitragssatzsenkungen statt. Überlegungen, den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung auf 2,7 Prozent abzusenken, sind hier nicht berücksichtigt. Im Gegenteil, eine deutliche Erhöhung des durchschnittlichen Beitragssatzes zur Gesetzli-

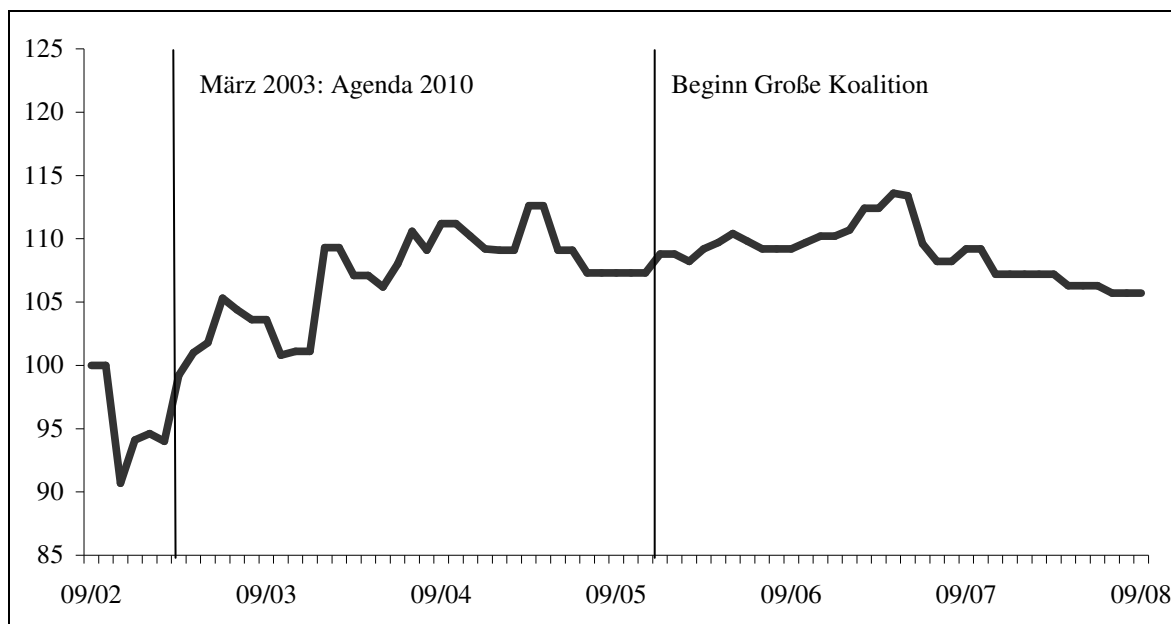
chen Krankenversicherung auf mindestens 15,5 Prozent scheint unumgänglich, da Mehrausgaben von 2,5 Milliarden Euro für die ambulante Versorgung finanziert werden müssen. Weitere Milliardenbeträge für die derzeit diskutierte Verbesserung der finanziellen Vergütung im stationären Sektor sind hierbei noch nicht berücksichtigt.

Das voraussichtliche Defizit von 0,2 Prozent des BIP im Jahr 2009 ist für sich genommen verkraftbar. Es darf aber nicht übersehen werden, dass in dieser Prognose nicht alle Haushaltsrisiken quantifiziert werden können. Zudem sind bereits jetzt Belastungen in den Folgejahren absehbar. So werden zum Beispiel in der Pflegeversicherung in den nächsten Jahren weitere Anhebungen der Pflegesätze in der ambulanten Versorgung die zwischenzeitlichen Finanzierungsüberschüsse wieder abschmelzen. Wichtiger ist jedoch, dass ab dem Jahr 2010 die Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung stärker steuerlich abziehbar sein werden. Nach ersten Schätzungen des Bundesfinanzministeriums wird dies zu Steuerausfällen in Höhe von jährlich 10 Milliarden Euro führen. Es ist daher notwendig, dass die Politik möglichst noch vor der Bundestagswahl 2009 zu der Ausgabendisziplin der letzten Jahre zurückfindet, damit die Defizite nicht weiter anwachsen und die erreichten Konsolidierungserfolge nicht wieder verloren gehen.

Abbildung 7

IW-Reformbarometer

Bewertung der Arbeitsmarkt-, Sozial-, Steuer- und Finanzpolitik, Index September 2002 = 100



Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Falsche Weichenstellungen der Wirtschaftspolitik

Knapp ein Jahr vor der Wahl des neuen Bundestages präsentiert sich die Wirtschaftspolitik in einem ungünstigen Licht. Schon seit einiger Zeit gehen von ihr keine positiven Impulse auf Beschäftigung und Wachstum mehr aus. Im Gegenteil, die Wirtschaftspolitik ist dabei, die Reformdividende, die sie sich in den Jahren 2003 bis 2007 verdienen konnte (Grömling/Scharnagel/Plünnecke, 2007) wieder zu verspielen. Schon seit Mitte 2007 zeigt das IW-Reformbarometer, das die Politik der Bundesregierung auf den Feldern Arbeitsmarktpolitik, Sozialpolitik sowie Steuer- und Finanzpolitik hinsichtlich der Stärkung der Wachstumskräfte bewertet, tendenziell nach unten. Im September 2008 erreichte es nur noch einen Indexwert von 105,7 und fiel damit unter den Stand zu Beginn der Großen Koalition zurück (Abbildung 7). Wird dieser Kurs nicht nachhaltig korrigiert, gehen die zuvor erreichten Erfolge bei der Erhöhung der Potenzialwachstumsrate unweigerlich wieder verloren. Die Wachstumsrate des Produktionspotenzials beschreibt ein Wachstumstempo, das die Volkswirtschaft mittelfristig erreichen kann. Die konjunkturell guten Jahre 2007 und 2008 wurden leider nicht genutzt, um die angebotsseitigen Bedingungen für ein dauerhaft höheres Wirtschaftswachstum zu verbessern.

Die Konjunktur zeigt derzeit deutliche Ermüdungserscheinungen, und die Gefahr steigt, dass die Wirtschaftspolitik sich in der Pflicht sieht, aktiv gegenzusteuern, das heißt über staatliche Ausgabenprogramme die Nachfrageseite zu stützen. Dies wäre allerdings der falsche Weg (Hüther, 2008b). Die Erfahrungen der siebziger und achtziger Jahre mit staatlicher Konjunkturpolitik waren ernüchternd. Es wurden bestenfalls konjunkturelle Strohfeuer gezündet, die schnell wieder erloschen sind. Geblieben sind nachhaltig defizitäre Staatshaushalte, die lange Zeit die Wachstumskräfte belasteten. Diese Fehler sollte die Politik nicht wiederholen. Nichts spricht allerdings dagegen, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen, also rein konjunkturell bedingte Ausgabensteigerungen und Einnahmeverringerungen zu akzeptieren und gleichzeitig die Steuer-, Finanz- und Abgabepolitik auf eine Wachstumsstärkung hin auszurichten. Ein konsequenter Abbau von Subventionen gehört ebenso dazu wie die dauerhafte Entlastung der Steuerzahler durch eine Reform der Einkommensbesteuerung. Das IW Köln hat dazu einen Reformvorschlag vorgelegt (Brügelmann, 2008), der aus zwei Elementen besteht:

1. Die Beseitigung der „Knicke“ im Grenzsteuersatzverlauf und damit eine konsequente Linearisierung des Tarifs. Diese Maßnahme würde besonders die Bezieher mittlerer Einkommen entlasten. Im Bereich steuerpflichtiger jährlicher Einkommen von 12.000 bis 40.000 Euro sänke dadurch die Steuerbelastung zwischen 13 und 19 Prozent.
2. Die Ausschaltung der kalten Progression in der Einkommensbesteuerung durch eine Indexierung des Tarifs. Einkommenssteigerungen in Höhe des Verbraucherpreisanstiegs

würden dann keine überproportional steigenden Steuerbelastungen mehr auslösen. Dies hätte zumindest zwei gravierende Vorteile: Zum einen entlastet es die Politik, die ansonsten gezwungen ist, in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen Einkommensteuerreformen auf die politische Agenda zu setzen, um die inflationsbedingt angestiegenen Steuerbelastungen wieder zurückzugeben. Dies gelingt in der Regel nur unvollständig. Zum anderen entlastet ein solcher Schritt die Tarifpolitik, weil der Abgabenkeil inflationsbedingt nicht mehr steigt und sich die Brutto-Netto-Relation verbessert. Die akute Gefahr, dass die Lohnpolitik den moderaten Pfad der letzten Jahre verlässt und damit Beschäftigung und Wachstum gefährdet, könnte so verringert werden. Eine Fortsetzung der moderaten Lohnpolitik würde es wiederum der EZB erleichtern, schneller und stärker die Zinsen zu senken, weil sie keine Zweitrundeneffekte befürchten müsste. Investitionen und Konsum würden dadurch positiv stimuliert.

Darüber hinaus sollten die Möglichkeiten zur Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung konsequent genutzt werden. Würden der versicherungsfremde Eingliederungsbeitrag der Bundesagentur für Arbeit abgeschafft und vorhandene Einsparpotenziale konsequent genutzt, könnte der Beitragssatz auf 2,3 Prozent gesenkt werden. Der Abgabenkeil würde so weiter verringert, was die Konsumkaufkraft der Arbeitnehmer erhöhen und die Arbeitskosten für die Unternehmen reduzieren würde. Die Anreize, Arbeit nachzufragen, würden steigen. Die geplante Einführung des Gesundheitsfonds hätte hingegen die entgegengerichtete Wirkung: Der Gesundheitsfonds verringert den Wettbewerb zwischen den Krankenkassen und führt tendenziell zu steigenden Beiträgen. Die Bundesregierung sollte deshalb von der Einführung des Gesundheitsfonds zum 1. Januar 2009 Abstand nehmen.

Mitte Juli dieses Jahres hat das Bundeskabinett den Weg für eine flächendeckende Ausweitung von gesetzlichen Mindestlöhnen entweder über das Arbeitnehmer-Entsendegesetz oder das Mindestarbeitsbedingungsgesetz geebnet. Auch dies ist mit Blick auf den Arbeitsmarkt ein prinzipiell falscher Weg. Die Einführung von gesetzlichen Mindestlöhnen gefährdet in einem hohen Maß Arbeitsplätze. Sie versperren nicht nur jenen Arbeitnehmern, die nur über eine geringe Produktivität verfügen, den Zugang zum Arbeitsmarkt. Gesetzliche Mindestlöhne schwächen auch das Wachstum, da dauerhaft Wertschöpfung verhindert wird. Bei einer schwachen konjunkturellen Entwicklung sind die Arbeitsplätze der gering qualifizierten Arbeitnehmer zuallererst gefährdet. Die Wirtschaftspolitik sollte diesen Trend nicht noch durch die Einführung gesetzlicher Mindestlöhne verstärken. Arbeitsplatzvernichtende Maßnahmen sind zu keinem Zeitpunkt richtig, in einem konjunkturellen Abschwung werden sie aber schnell verheerende Auswirkungen am Arbeitsmarkt zeigen.

Literatur

- Arbeitsgruppe Konjunktur (IW Köln), 2008, Schwächung ohne Absturz – IW-Konjunkturprognose Frühjahr 2008, in: IW-Trends, 35. Jg., Heft 2, S. 3–26
- Bach, Hans-Uwe / Gartner, Hermann / Klinger, Sabine / Rothe, Thomas / Spitznagel, Eugen, 2008, Arbeitsmarkt 2008. Der Aufschwung lässt nach, IAB-Kurzbericht, Nr. 3, Nürnberg
- Blaich, Fritz, 1994, Der Schwarze Freitag. Inflation und Wirtschaftskrise, München
- Brügelmann, Ralph, 2008, Zur Reform der Einkommensteuer – ein IW-Vorschlag, in: IW-Trends, 35. Jg., Heft 3, S. 31–44
- Danninger, Stephan / Joutz, Fred, 2007, What Explains Germany's Rebounding Export Market Share?, IMF Working Paper WP/07/24, Washington D.C.
- Deutsche Bundesbank, 2008a, Pressemitteilung zum Bank Lending Survey – Juli 2008, URL: http://www.bundesbank.de/download/presse/pressemitteilungen/2008/20080808_banklending.php [Stand: 2008–09–26]
- Deutsche Bundesbank, 2008b, Bank Lending Survey – Juli 2008, URL: http://www.bundesbank.de/download/volkswirtschaft/publikationen/vo_bank_lending_survey.pdf [Stand: 2008–09–26]
- EZB – Europäische Zentralbank, 2006, Monatsbericht – November, Frankfurt am Main
- EZB – Europäische Zentralbank, 2008, Monatsbericht – September, Frankfurt am Main
- Grömling, Michael, 2008, Globaler Investitionsboom – eine empirische Bestandsaufnahme, in: IW-Trends, 35. Jg., Heft 3, S. 45–59
- Grömling, Michael / Plünnecke, Axel / Scharnagel, Benjamin, 2007, Was trägt die Politik zum Aufschwung in Deutschland bei?, in: IW-Trends, 34. Jg., Heft 3, S. 43–57
- Hüther, Michael, 2008a, Woher kommt der Aufschwung?, in: Wirtschaftsdienst, 88. Jg., Nr. 4, S. 248–253
- Hüther, Michael, 2008b, Mit dem Zweiten sieht man besser?, in: Ifo-Schnelldienst, 61. Jg., Nr. 18, S. 9–13
- IMF – International Monetary Fund, 2008, World Economic Outlook, April, Washington D.C.
- Jäger, Manfred / Voigtländer, Michael, 2008, Hintergründe und Lehren aus der Subprime-Krise, in: IW-Trends, 35. Jg., Heft 3, S. 17–29
- Kettner, Anja / Spitznagel, Eugen, 2008, Stellenangebot geht zurück, bleibt aber auf hohem Niveau, IAB-Kurzbericht, Nr. 7, Nürnberg
- KfW – Kreditanstalt für Wiederaufbau, 2008, KfW-Kreditmarktausblick August, Frankfurt am Main
- LaVorgna, Joseph A., 2008, Der schwache Dollar stützt die US-Wirtschaft, in: Deutsche Bank (Hrsg.), Konjunktur und Märkte, KW 35/2008, Frankfurt am Main, S. 3–5
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1979, Herausforderung von Außen. Jahresgutachten 1979/80, Wiesbaden
- SVR – Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, 1988, Arbeitsplätze im Wettbewerb. Jahresgutachten 1988/89, Wiesbaden

Weber, Axel, 2008, Rede beim 12. Banken-Symposium der Universität Duisburg-Essen in Oberhausen, URL: http://www.bundesbank.de/download/presse/reden/2008/20080910.weber_oberhausen.pdf [Stand: 26-09-2008]

Weichselberger, Annette, 2008, Westdeutsche Industrie: Trotz konjunktureller Eintrübung weiteres Investitionsplus geplant, in: ifo Schnelldienst, 61. Jg., Nr. 16, S. 29-34

IW Forecast 2009 – Sliding into Stagnation

The global financial market crisis and the slowdown of the world economy have further clouded Germany's economic climate. In particular declining exports and barely expanding investment will nearly paralyze economic activities. Yet there will be no recession. Real GDP will grow by 1.7 percent this year, but only by 0.6 percent next year. However, in the second half of 2009 a mild recovery will set in. Positive impacts are expected from slackening price increases for energy and raw materials in the wake of the global growth deceleration. This will stimulate private consumption which continues to benefit from the positive labor market situation. The latter will remain bright this year. However, in 2009 employment and unemployment will more or less stagnate.

IW-Prognose 2008 und 2009

Deutschland, Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

	2007	2008	2009
Entstehung des realen BIP			
Erwerbstätige	1,7	1,1	-0,1
Arbeitslosenquoten ¹⁾	9,0	7,5	7,6
Arbeitsvolumen	1,8	1,2	0,0
Produktivität ²⁾	0,6	0,5	0,6
BIP	2,5	1,7	0,6
Verwendung des realen BIP			
Private Konsumausgaben	-0,4	-0,1	0,7
Konsumausgaben des Staates	2,2	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	4,3	3,5	0,3
– Ausrüstungen	6,9	5,0	0,1
– Sonstige Anlagen	8,0	6,0	2,0
– Bauten	1,8	2,0	0,5
Inlandsnachfrage	1,1	1,3	0,9
– Export	7,5	4,2	1,5
– Import	5,0	3,8	1,8
BIP	2,5	1,7	0,6
Preisentwicklung			
Verbraucherpreise	2,3	3,0	2,1

1) Registrierte Arbeitslose in Prozent der Erwerbspersonen. 2) Reales BIP je Erwerbstätigenstunde.

Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft